

„Rot-Rot hat Berlin nicht sozialer, sondern ärmer gemacht!“



Friedbert Pflüger

Mehr als 310.000 Menschen sind im Frühjahr 2006 in Berlin ohne Arbeit.

Das Statistische Landesamt hat errechnet, dass das Bruttoinlandsprodukt der Hauptstadt im Jahr 2005 um 0,2 Prozent geschrumpft ist. „Der Rückgang der Wirtschaftsleistung habe sich somit nach dem zwischenzeitlichen

Stillstand 2004 wieder fortgesetzt. Erneut blieb Berlin hinter der Entwicklung der deutschen Wirtschaft zurück, die 2005 um 0,9 Prozent gewachsen war“, so die schonungslose Analyse der Statistiker. Friedbert Pflüger wird deutlich:

„Rot-Rot hat die Stadt nicht sozialer, sondern ärmer gemacht - „Arm aber sexy“, wie Klaus Wowereit die Misere zu verkaufen versucht. Dieser Spruch ist kein Ausrunderer - Herr Wowereit

hat ihn wiederholt benutzt und ist auch noch stolz darauf. Aber die Menschen in den sozialen Brennpunkten unserer Stadt, die streikenden Arbeitnehmer bei CNH und JVC können damit nichts anfangen - sie halten den Spruch zu Recht für zynisch!“

Der amerikanische Großkonzern General Electric wollte hier Arbeitsplätze schaffen - hatte Berlin als Sitz eines neuen Forschungszentrums in Europa ins Auge gefasst.

Die Wirtschaftswoche beklagte: „Berlin ließ diese Chance aus. Weil sich niemand im Senat Zeit genommen habe, seien die Emissäre des Konzerns gleich weiter nach München gereist und dort mehrfach von Ministerpräsident Stoiber empfangen worden. Offensichtlich ist man sich im Roten Rathaus für Kärnerarbeit zu fein. Statt sich am Verhandlungstisch mit Investoren zur Decke zu strecken, beschäftigt sich der Regierende Bürgermeister lieber eingehend mit der Dschungelkönigin.“ (Wirtschaftswoche vom 02.12.2004).

Pflüger erbot: „Das hat offenbar System: Rot-Rot - zumal ein PDS-Wirtschaftssenator - ist ein einziges Investitionsabschreckungsprogramm! Ganz konkret: Ich werde als Regierender Bürgermeister sofort einen



Beim USA-Besuch: Pflüger mit Rockefeller.

Vorschlag der IHK-Berlin aufgreifen: Sie drängen den Senat seit eineinhalb Jahren, einen Ausländerschalter für Investoren in der Industrie- und Handelskammer einzurichten. Die IHK ist bereit, den Schalter einschließlich der Sachkosten zu stellen, der Senat müsste lediglich einen Mitarbeiter aus der Behörde am Friedrich-Krause-Ufer abziehen. Aber der rot-roten Senat weigert sich - internationale Investoren müssen weiterhin Nümmerchen ziehen und anstehen. Diese Mischung aus Ideologie, Weltfremdheit und Bürokratie wird den Wahltag am 17. September nicht überdauern!“



Ratloses Zwiegespräch zwischen Wirtschaftssenator Wolf (PDS) und Klaus Wowereit (SPD).

Täter müssen Täter und Opfer müssen Opfer bleiben



Ingo Schmitt

Ende März stellte PDS-Senator Flierl den Kulturexperten der Fraktionen von Bundestag und Abgeordnetenhaus das rot-rote Mauerkonzept Senats vor. Viele Punkte bleiben dabei jedoch offen.

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, reagierte verhalten auf den rot-roten Entwurf zur Erinnerungskultur: „In Berlin fehlt noch immer ein breit verankertes, demokratisches Geschichtsbild für die Zeit der SED-Diktatur. Das vorliegende Konzept des Senats, eine Art ‚Mauergedenken light‘, reicht nicht aus, um die zentralen Gedenkort in ihrer Bedeutung angemessen zu würdigen. Hierzu gehöre

auch eine entsprechende Unterstützung der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Zudem dürfe der Checkpoint Charlie nicht zu einer Stätte des „Kalten Krieges und der Blockkonfrontation“ degradiert werden. Darüber hinaus äußerte der CDU-Landesvorsitzende Zweifel an der Aufrichtigkeit des Senators in der Gedenkstättenfrage: „Schon mit der unsäglichen Schleifung der Mauerkreuze am Checkpoint Charlie im vergangenen Jahr hat PDS-Senator Flierl gezeigt, wie ernst es ihm mit der Erinnerung an das SED-Unrecht ist. Zudem hat seine Integrität nach dem peinlichen Auftritt in der Gedenkstätte Hohenschönhausen vor einigen Wochen erheblichen Schaden genommen.“ Der PDS-Senator hatte unter anderem ehemalige Sta-

si-Täter als „Zeitzeugen“ bezeichnet und konnte nur durch den Zusammenhalt der Fraktionen von SPD und PDS einer parlamentarischen Rüge entgehen.



Schmitt weiter: „Es darf keine Geschichtsklitterung geben, indem es bewusst versäumt wird, die Auswirkungen der kommunistischen Diktatur und die

politisch Verantwortlichen in dem Gedenkstättenkonzept konkret darzustellen und zu benennen. Schmitt: „Täter müssen Täter und Opfer müssen Opfer blei-

ben.“ Schmitt verwies in diesem Zusammenhang auf das Gedenkstättenkonzept der Berliner CDU, dass bereits im September 2005 vorgestellt wurde:

„Der Erinnerung an die Toten der Mauer und an ihre vergessenen Opfer gebührt oberste Priorität. Die Verantwortung für Mauer und Schießbefehl trägt die SED-Führung, die ideologischen und politischen Gründe für ihr Handeln müssen erklärt und dargestellt werden.“ Abschließend äußerte sich Schmitt zur Umsetzung des Projekts: „Die Erinnerung an die Berliner Mauer ist von gesamtstaatlicher Bedeutung und daher eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern. Ein solches Konzept darf vor allem nicht allein PDS-Senator Flierl überlassen werden.“ Schmitt forderte den Regierenden Bürgermeister Wowereit daher auf, dass Gedenkstättenkonzept innerhalb des Senats an sich zu ziehen und endlich zur Chefsache zu machen.